



► Nr. VO/2024/13130-02
öffentlich

Lübeck, 07.11.2024

Bericht -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
2.530 - Gesundheitsamt

Bearbeitung: Alexander Mischnik (E-Mail: alexander.mischnik@luebeck.de Telefon: 122-5300)

Bericht über das Beratungsangebot des Sozialpsychiatrischen Dienstes

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
25.11.2024	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
04.02.2025	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
11.02.2025	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
27.02.2025	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 28.09.2023 den Beschluss (2023/12437-02-01) gefasst:

„2.10 Sozialpsychiatrischer Dienst

Um den sozialpsychiatrischen Dienst für psychisch beeinträchtigte Menschen auf eine 24/7-Erreichbarkeit aufzustocken, werden 2 zusätzliche Stellen geschaffen.“

Dieser Beschluss führte nach Besprechung in der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 07.11.2023 zu einer Bildung eines Interfraktionellen Austausches. Dieser fand am 17.01.2024 unter Beteiligung der Mitglieder des Sozialausschusses, der Vorsitzenden des Sozialausschusses, des Fachbereichscontrollings FB 2 und des Gesundheitsamts statt.

Der Austausch innerhalb der interfraktionellen Arbeitsgruppe ergab, dass Bedarf an zeitnäherer Intervention bei psychischen Krisen der Bürger:innen besteht und dieser Bedarf durch engere Kontaktdichte zu den betroffenen Menschen und deren Überleitung in das Hilfesystem gedeckt werden kann. Im Austausch wurde sich auf die Stärkung des Krisenangebots im sozialräumlichen Kontext verständigt.

In der Sitzung der Bürgerschaft am 28.03.2024 wurde folgender veränderter Beschluss gefasst (VO/2024/13130):

„Es wird beabsichtigt, den Punkt 2.10. „Sozialpsychiatrischen Dienst“ im beschlossenen Haushaltsbegleitbeschluss – Haushalt 2024 mit der VO/2023/124-37-02-01 wie folgt zu ändern.

Der Bürgermeister wird aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung der Hilfs- und Unterstützungsangebote des Gesundheitsamtes für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu ergreifen, indem zwei zusätzliche Stellen im Sozialpsychiatrischen Dienst geschaffen werden.

1. Einrichtung eines Niederschweligen Angebots:

Eine zusätzliche Stelle soll für die Schaffung und Durchführung eines niedrighschweligen Angebots für psychisch erkrankte Menschen genutzt werden. Dies umfasst die Schaffung von Anlaufstellen, die auch außerhalb der regulären Arbeitszeiten erreichbar sind, um die Erreichbarkeit für Betroffene zu verbessern.

2. Koordination von Versorgungsangeboten:

Die andere zusätzliche Stelle soll für die Koordination von Therapieplätzen, Fachpflege und Versorgungsangeboten im Bereich der Suchterkrankungen und Quartierssprechstunden eingesetzt werden. Dadurch können die Bedürfnisse der Betroffenen erfüllt und Versorgungslücken geschlossen werden.“

Bericht:

Bericht zur veränderten Ausrichtung des Beratungsangebotes des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SpDi)

Um die Versorgung psychisch kranker Menschen in Lübeck zu optimieren und Menschen in psychischen Krisen zeitnäher Hilfen anzubieten, wurden dem Gesundheitsamt Lübeck, Sozialpsychiatrischen Dienst, zwei Vollzeitstellen für Sozialpädagog:innen zusätzlich zu dem vorhandenen Personal zur Verfügung gestellt.

Die Aufgaben im sozialpsychiatrischen Dienst bestehen in der Stastteilsozialarbeit, Alkoholberatung, Beratungsstelle Flüchtlinge, sowie in der ergänzenden Beratung von bestimmten Personengruppen.

Die Sprechzeiten der Sozialpädagog:innen im SpDi weichen von den Servicezeiten der Stadt wie folgt ab:

Montag, Dienstag, Mittwoch von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr;

Donnerstag von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr;

Freitag von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Die Arbeitszeiten der Mitarbeiter:innen werden über die o.g. Sprechzeiten hinaus dem individuellen Bedarf der ratsuchenden Menschen angepasst, indem auch zeitlich flexibel auf deren Notlagen reagiert wird. Außerhalb dieser Tätigkeitszeiten stehen die Aneos Klinik und das Zentrum für Integrative Psychiatrie (ZIP) mit ihren Notaufnahmen 24 Stunden täglich den Menschen bei psychiatrischen Krisen zur Verfügung.

Im Rahmen von zwei Konzepttagen haben die Mitarbeiter:innen des SpDi ein Konzept zur sachgerechten Verwendung solcher Kapazitäten erstellt. Um der vorbezeichneten Zielsetzung der Lübecker Bürgerschaft zu entsprechen, bedarf es nach Einschätzung der Sozialpädagog:innen des SpDi einer stärkeren Präsenz dieser in den Stadtteilen Lübecks und somit einer engeren Kontaktdichte zu den unterstützungsbedürftigen Menschen. Statistisch wird diese Einschätzung durch die sinkende Anzahl an Unterbringungsanordnungen in einem Krankenhaus (660 im Jahr 2014, 434 im Jahr 2021 und 363 bis zum 30.09.2024) bei einem erhöhten Eingang von Polizeiberichten (912 im Jahr 2014, 1138 im Jahr 2021 und 1248 zum 30.09.2024) belegt.

Die beiden von der Bürgerschaft bereit gestellten Vollzeitäquivalente für Sozialpädagog:innen sollen für einen verkleinerten Bezirkszuschnitt bei den Stadtteilsozialpädagog:innen zur Beratung psychisch kranker Menschen wie auch für die Alkoholberatung eingesetzt werden. Hierdurch kann und soll die Qualität der Beratungsarbeit aufgrund der dann ermöglichten engeren Frequenz der Kontakte, kurzfristigere Terminwahrnehmungen als auch der längeren Beratungsdauer heraufgesetzt werden. Die verstärkte Ausrichtung des SpDi auf dessen Kernaufgaben (hier Beratung und Begleitung psychisch kranker Menschen zu dem Zweck der Krankheitsbewältigung und Symptomminderung) soll in den Vordergrund gestellt werden.

Wie oben bereits beschrieben sollen zusätzliche personelle Kapazitäten und geschaffene zeitliche Ressourcen aufgewendet werden, um die Kontaktdichte zu den Menschen in den Stadtteilen zu erhöhen und dort die Sozialraumarbeit auszudehnen. Durch Ausdehnung von

Öffentlichkeitsarbeit sollen den Menschen in den Stadtteilen die Informationen über Angebote des SpDi verbessert zugänglich gemacht werden. Die engere Vernetzung mit Institutionen in den Stadtteilen soll Zugangsmöglichkeiten eröffnen und das Spektrum an Unterstützungsmöglichkeiten erweitern.

Angesichts seit mehreren Jahren erkennbar steigender Komorbiditäten von psychischen Erkrankungen und Alkoholabhängigkeit bzw. Cannabiskonsum sollen diese Spektren verstärkt in die Beratung des SpDi aufgenommen werden. Hierzu sind zur erhöhten und erweiterten Qualifizierung der Sozialpädagog:innen Weiter- und Fortbildungen erforderlich und Kooperationsabsprachen mit den Anbietern suchtspezifischer Hilfen und Angebote zu führen.

Der Unterstützungsansatz des SpDi soll durch Zuschnitt kleinerer Bezirke auf die Sozialpädagog:innen eine deutlich stärkere Fokussierung auf die hilfesuchenden und hilfebedürftigen Menschen in ihren Wohngebieten und ihre individuellen Problemlagen erhalten. Perspektivisch sollen Quartiersprechstunden die Schwelle des Zuganges zu den Leistungsangeboten des SpDi senken. Dabei soll die Flexibilität bei dem Einsatz der Arbeitszeiten orientiert an dem individuellen Bedarf der Menschen bestehen bleiben, um auch außerhalb der konventionellen behördlichen Dienstzeiten Hilfen nach dem PsychHG-SH leisten zu können.

Die beiden Stellen werden ab dem 01.02.2025 besetzt. Die Mitarbeitenden werden ihren primären Standort im Gesundheitsamt haben, da die Festlegung der Quartiere erst nach einer Evaluation in einer innerstädtischen Abstimmung erfolgen wird. Zunächst wird durch neuen Zuschnitt der Bezirke im gesamten Stadtgebiet die aufsuchende Bezirkssozialarbeit aller Sozialpädagog:innen verstärkt. Hier gilt es durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den vorhandenen Institutionen vor Ort geeignete Standorte zu identifizieren und entsprechend auszubauen.

Erste Sprechstunden vor Ort werden in Küchnitz angeboten.

Anlagen:

./.

Senatorin Pia Steinrücke